Berichtsvorlage
SHA/009/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	22.10.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Kommunale Asylunterbringung: Aktuelle Entwicklungen und Rückbauplanungen

Anlagen:
Sachverhalt_Rückbau der Gemeinschaftsunterkünfte_final

Bericht:

Zur Unterbringungssituation von Geflüchteten in Nürnberg wurde in der Vergangenheit mehrmals berichtet, zuletzt am 07.12.2023. Zum damaligen Zeitpunkt war noch eine erhebliche Dynamik im Zugangs- und Unterbringungsgeschehen im Stadtgebiet zu verzeichnen.

In den Jahren 2024 und 2025 nahm die Zahl neu ankommender Geflüchteter aus unterschiedlichen Herkunftsländern im Asylkontext sowie Geflüchteter im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, kontinuierlich ab. Diese Tendenz setzt sich auch 2026 fort, wodurch eine Konsolidierung der Asylunterkünfte erforderlich wird.

Der Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Gemeinschaftsunterkünfte seit 2023, die Rückbauplanung der kommunalen Asylunterbringung sowie die aktuelle Situation in der Flüchtlings- und Integrationsberatung.

Bezug zum Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg:
Leitlinie 1: Gesellschaftliche Vielfalt gemeinsam leben
Leitlinie 6: Perspektiven nach Flucht und Neuzuwanderung eröffnen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen für geflüchtete Personen sichern die Versorgung und Integration der betreffenden Personengruppe.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐